



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr.39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 26. September 2014

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hinter uns liegen die ersten Tage im provisorischen Plenarsaal und ich muss sagen, dass die zuvor befürchtete Enge durchaus hätte schlimmer sein können. Einzig schade ist nur, dass bis zum Einzug in den großen Plenarsaal keine Besucherinnen und Besucher mehr an den Sitzungen teilnehmen können. Ich finde, der Umbau des Saals im Erweiterungsgebäude des Landtages ist durchaus gelungen. Insbesondere die Kombination von moderner Ausstattung mit der historischen Architektur hat eine besondere Ausstrahlung.



provisorischer Plenarsaal

Foto: W. Siebels

Zu Beginn des Plenums hat es eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zum Thema Antisemitismus geben. Ich begrüße diesen Schritt. Antisemitische Parolen, Bedrohungen, Übergriffe und Anschläge auf Synagogen dürfen wir nicht widerspruchslos hinnehmen. Und es ist ein wichtiges Zeichen, dass alle vier Fraktionen sich auf einen gemeinsamen Text verständigt haben.

Erlaubt mir an dieser Stelle einen kurzen Rückblick:

Die ersten Wochen der Sommerferien habe ich für eine kleine Sommertour durch den Wahlkreis genutzt. Ich habe Vereine, Verbände, Behörden und Firmen besucht und die Zeit für Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt genutzt. An der Haustür, am Gartenzaun oder auch beim Eis essen auf unserem schönen Marktplatz.

In Hildesheim haben die Wohnungslosenhilfe 'Herberge zur Heimat', die Stadtbibliothek, die Firma Helo Sports und der Sportverein Eintracht Hildesheim auf meiner Besuchsliste gestanden. Für den Betreuungswahlkreis Alfeld habe ich Besuche in der Redaktion der Alfelder Zeitung, der Außenstelle der Hildesheimer Volkshochschule und der von LABORA betriebenen Jugendwerkstatt durch-

geführt. Diese Termine außerhalb des oftmals hektischen Parlamentsbetriebs sind eine gute Gelegenheit mich über Firmen, Vereine und Verbände ausführlich zu informieren. Hören, wo der Schuh drückt, aber auch um gute Ideen weiter zu tragen



Firma Helo Sports



Stadtbibliothek Hildesheim



Herberge zur Heimat

Am 16.09.2014 war in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung zu lesen, dass das Land Niedersachsen den städtischen Zuschussantrag für den Stadtumbau West abgelehnt hat. Dazu möchte ich Euch den Hintergrund erklären:

Sozialministerin Cornelia Rundt hat im September das Landesprogramm für die Städtebauförderung 2014 vorgestellt. Demnach stehen Bundes- und Landesmittel in Höhe von insgesamt rund 22,7 Mio. Euro für Niedersachsens Städte und Gemeinden zur Verfügung. Zusammen mit dem Eigenanteil der Gemeinden (rd. 11,4 Mio. Euro) und den zweckgebundenen Einnahmen (nochmals rund 11,4 Millionen Euro) steht für die städtebauliche Erneuerung in Niedersachsen damit ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 45,5 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich können die in den Vorjahren geförderten Kommunen im Jahr 2014 auf Städtebauförderungsmittel aus vorangegangenen Programmjahren in Höhe von insgesamt rund 125 Mio. Euro zurückgreifen, die gemeinsam mit dem kommunalen Eigenanteil in Höhe von rund 62,5 Mio. Euro ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 187,5 Mio. Euro ermöglichen.

Da auch das Sozialministerium einen angemessenen Beitrag zum finanzpolitischen Konsolidierungskurs der niedersächsischen Landesregierung leisten muss, ist es angesichts der sehr hohen Ausgabereise in der Städtebauförderung nicht zu vertreten gewesen, für das Programmjahr 2014 einen höheren Landesanteil als 11,3 Mio. Euro zur Gegenfinanzierung der Bundesfinanzhilfen des Städtebauförderungsprogramms einzusetzen. Die hohen Ausgabereise sind entstanden, weil zu wenige Kommunen zu wenig Mittel abgerufen haben. Dies führte im Ergebnis dazu, dass 2014 die in Hildesheim beantragten Maßnahmen des Programmes „Stadtumbau West“, nicht berücksichtigt werden konnten.

Ein Stillstand ist in Hildesheim für die laufenden Maßnahmen nicht zu befürchten, da nicht verausgabte Mittel aus den vergangenen Jahren abgerufen werden können. Landesregierung und Koalitionsfraktionen haben sich bereits darauf verständigt, die Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung im Programmjahr 2015 wieder in voller Höhe gegenzufinanzieren.

Bereits seit Mitte August tagen die politischen Gremien des Landtages wieder und die Arbeit nimmt an Fahrt auf. Bis zum Jahresende werden auf der politischen Agenda turnusmäßig die Haushaltsberatungen einen großen Teil der Zeit einnehmen. Hierbei gilt es wieder Kontinuität und Augenmaß zu beweisen. Verlässlichkeit bei der Finanzierung unseres Gemeinwesens wie Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Sicherheit, Natur- und Umwelt, Straßen und weiteres mehr. Insbesondere bei den sogenannten freiwilligen Ausgaben gilt es, nicht über die Maßen aufzusatteln, damit das für das Jahr 2020 festgeschriebene Ziel der Schuldenbremse erreicht werden kann.

LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

- **Einbringung des Haushaltsplanentwurfes und des Haushaltsbegleitgesetzes**
 In diesem Plenarabschnitt wurde der Entwurf des Haushaltes 2015 und des Haushaltsbegleitgesetzes in den Landtag eingebracht. In den kommenden Wochen finden dann die Beratungen in den Fachausschüssen, in den Arbeitskreisen unserer Fraktion und in der (Haushalts-)Klausurtagung am 10./11. November 2014 statt. Die Verabschiedung des Haushaltes erfolgt dann im Rahmen der Plenartagung im Dezember.
- Als **Aktuelle Stunde** haben wir **„Rot-Grün wirkt: Endlich wieder ein Semesteranfang ohne Studiengebühren“** beantragt. Die Abschaffung der Studiengebühren war das einzige finanzielle Versprechen, das wir in unserem Regierungsprogramm gegeben hatten. Die Umsetzung dieses Versprechens haben wir 2013 als eine der ersten Maßnahmen auf den Weg gebracht. Zum Semesteranfang sind die Studiengebühren abgeschafft – ein wichtiger Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit! Aktuelle Stunde hat uns die Möglichkeit gegeben, weitere Reformen anzusprechen. Hierzu gehört insbesondere das Fachhochschulentwicklungsprogramm, für das wir uns als Fraktion intensiv eingesetzt hatten. **Das ist unser Erfolg!** Interessant waren in diesem Zusammenhang übrigens auch die Einlassungen der FDP, die eine Wiedereinführung der Studiengebühren für den Fall angekündigt hat, jemals wieder an einer Landesregierung beteiligt zu sein.
- **Entschließungsantrag „Vertrauen zurückgewinnen: Für mehr Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Kontrolle beim niedersächsischen Verfassungsschutz“**
 Im April hat die Arbeitsgruppe zur Reform des niedersächsischen Verfassungsschutzes ihre Handlungsempfehlungen vorgelegt. Zielrichtung ist, den Verfassungsschutz des Landes Niedersachsen grundlegend zu reformieren. Mit dem vorliegenden Entschließungsantrag wird diese Reform vorbereitet. Ziel ist, Vertrauen in den Verfassungsschutz zurückgewinnen. Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und eine zeitgemäße parlamentarische Kontrolle sind Ansprüche und Leitlinien an die Arbeit des Verfassungsschutzes.
 Wichtige Änderungen beim Verfassungsschutz: Der Einsatz von V-Leuten soll strengeren Regeln unterliegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde sollen besser qualifiziert und gefördert werden, der parlamentarische Ausschuss für Fragen des Verfassungsschutzes wird künftig öffentlich tagen können und über seine Arbeit regelmäßig Rechenschaft ablegen.

- **Entschließungsantrag „Zukünftige Infrastrukturpolitik für Niedersachsen – mobilitätssichernd, nachhaltig, bezahlbar“**

Die niedersächsische Verkehrspolitik wird in den nächsten Jahren mit großen Herausforderungen konfrontiert. Mobilität ist eine wesentliche Grundlage für den Wohlstand und die Prosperität Niedersachsens und das Rückgrat unseres Industrie- und Dienstleistungsstandortes.

Nicht abgeschlossene Hafenhinterlandanbindungen, geringe Beförderungsdichte im regionalen Schienenverkehr, die fehlende angemessene Instandhaltung der NE-Bahnen für ein Gesamtschienenetz in Niedersachsen, Sanierungsverzug bei Landesstraßen, geringe Planungs- und Fertigstellungsquoten bei den großen Verkehrsprojekten Niedersachsens kennzeichnen die fehlende Dynamik in der niedersächsischen Verkehrspolitik.

Niedersachsen kann als zentrales Logistik-, Industrie- und Dienstleistungsland den Anschluss an die Nachbarländer nur halten, wenn es gelingt, Ziele und Grundsätze einer nachhaltigen Verkehrs-politik im gesellschaftlichen Konsens zu finden. Dazu bedarf es der Überprüfung der bisherigen Praxis der Planung und des Ausbaus, der Einführung einer frühzeitigen und optimierten Bürgerbeteiligung und eines gesellschaftlichen parteiübergreifenden Konsenses als Handlungsrahmen.

Entschließungsantrag „TISA im Windschatten von TTIP: Transparenz und demokratische Legitimation sicherstellen, öffentliche Dienstleistungen ausklammern!“

Bereits mit unserem Antrag „Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA - Interessen Niedersachsens wahren, europäische Standards sichern“, hatten wir unsere Ansprüche an die Ausgestaltung der Verhandlungen und eines möglichen Freihandelsabkommens formuliert.

Schon in der Debatte zu diesem Antrag haben wir darauf hingewiesen, dass die zu führenden Verhandlungen kritisch begleitet werden müssen. Der jetzt vorgelegte Antrag greift das erneut auf und formuliert Anforderungen an die Verhandlungen und ein Abkommen.

Eines möchte ich an dieser Stelle deutlich unterstreichen: Bei internationalen Handelsverhandlungen zeigt sich, dass demokratische Strukturen und Maßnahmen der Daseinsvorsorge schnell auf der Strecke bleiben. Wir wollen allen Menschen den gleichen Zugang zu Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge ermöglichen. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört daher in die öffentliche Hand – unter dem Gesichtspunkt des gleichen Zuganges, aber auch unter dem Gesichtspunkt einer demokratischen Gestaltung und Teilhabe! Hierfür müssen wir auch zukünftig streiten und entsprechende Errungenschaften verteidigen.

Entwurf eines Gesetzes zur Altersteilzeit der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen

Bereits im Juni d. J. hat es die Verständigung in der Koalition auf ein neues Modell zur Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte an Niedersachsens Schulen gegeben: Zum Schuljahr 2015/2016 werden Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen Altersteilzeit auch im sogenannten Blockmodell beantragen können. Kern der neuen Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer im Beamtenverhältnis ist, dass Lehrkräfte bis zu zehn Jahre vor Erreichen des Pensionsalters, Altersteilzeit im Verhältnis 60:40 in Anspruch nehmen können. In sechs Zehnteln dieses Zeitraumes würden die Lehrkräfte während der aktiven Altersteilzeit in ihrem bisherigen Umfang tätig bleiben. In vier Zehnteln der Zeit würden sie während der

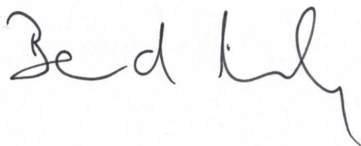
passiven Altersteilzeit freigestellt werden. Die Bezüge betragen während des gesamten Zeitraums der Altersteilzeit 70 Prozent vom letzten Gehalt. Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf wird die gesetzliche Grundlage für diese Regelung auf den Weg gebracht.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf die von Hildesheimer Schülerinnen- und Schülervertretungen der Gymnasien organisierte Demonstration, zum sogenannten 'Klassenfahrtenboykott' eingehen. Ich finde es gut und richtig, dass die Schülerinnen und Schüler für ihre Interessen in der Öffentlichkeit eintreten. Leider ist es mir wegen der zeitgleich stattfindenden Plenarwoche nicht möglich, an der Veranstaltung teilzunehmen, um zu den Fragen und Anliegen der Schülerinnen und Schüler direkt zu stellen. Deshalb habe ich die Schülervertreterinnen und -vertreter zu einem persönlichen Gespräch eingeladen. Bereits in der Auseinandersetzung mit den Gymnasiallehrkräften Ende vergangenen Jahres habe ich die Erfahrung gemacht, dass im direkten Dialog ein großer Teil der bestehenden Argumente zumindest entkräftet werden kann. Ich bin guten Mutes, dass dies auch im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern gelingt. Übrigens: Es ist toll, dass unsere Jusos mit einer großen Abordnung der Einladung der Schülersprecherinnen und -sprecher zur Demo folgen werden und sogar zum Thema sprechen. Herzlichen Dank an alle Jusos, die dabei sein werden und an der Vorbereitung der Aktion beteiligt waren.

Nach dem Plenum geht es zurück nach Hildesheim. Vor mir liegt ein interessantes Wochenende mit der Klausurtagung unseres Stadtverbandsvorstandes, dem ersten niedersächsischen Tag des Sports bei uns in Hildesheim, dem Bauernmarkt und der Abschlussveranstaltung des niedersächsischen Literaturfestes im Thega.

Ich freue mich auf die Zeit zu Hause in Hildesheim und diese abwechslungsreichen Termine. Euch allen wünsche ich ein sonniges Wochenende und eine schöne Herbstzeit.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Beate Kly', written in black ink on a light-colored background.